

## Antrag

### der Fraktion der CDU/CSU

## Verlässliche Rahmenbedingungen für die Raffinerie PCK Schwedt

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung plant zum Ende des Jahres 2022 eine nationale Ausweitung des europäischen Öl-Embargos auf durch Pipelines nach Deutschland transportiertes Öl. In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung angekündigt, dass die ostdeutschen Raffinerien auf alternativen Transportwegen vollständig mit dem benötigten Öl versorgt werden, dass die ausreichende Versorgung Ost- und Mitteldeutschlands mit Treibstoff zu jedem Zeitpunkt gesichert ist und dass es eine Garantie für den Erhalt von Arbeitsplätzen und wirtschaftlicher Infrastruktur an den ostdeutschen Raffinerie-Standorten gibt.

Wir erwarten, dass die Bundesregierung diese Zusagen einhält und deren Umsetzung zum Beginn des zusätzlichen nationalen Pipeline-Embargos nachweislich garantieren kann.

Während der Bundeswirtschaftsminister bereits im April 2022 zur Sicherstellung einer alternativen Erdölversorgung für die PCK-Schwedt erklärte: „Diese Alternative ist Aufgabe der nächsten Tage“ (<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/oel-embargo-habeck-erwartet-voellige-unabhaengigkeit-von-russischem-oel-innerhalb-von-tagen/28280144.html>) muss noch heute nüchtern konstatiert werden: Diese Alternative wurde noch nicht geschaffen. Während in dieser Zeit die neue Infrastruktur für LNG zu verschiedenen Standorten entschieden vorangetrieben wurde, wurde weder eine ausreichende Kapazitätserweiterung der bestehenden Öl-Transportleitung zwischen Rostock und Schwedt in Angriff genommen, noch gibt es die im April in Aussicht gestellten Verträge für eine Belieferung der für die Versorgung Ostdeutschlands immens wichtigen Raffinerie über den Hafen Danzig.

Konkrete Fragen blieben über Monate unbeantwortet und noch heute fehlen Aussagen zu wichtigen Problemfeldern im Zusammenhang mit der Rohölversorgung der Raffinerie. Beispielsweise seien hier genannt: die Fernwärmeversorgung der Stadt Schwedt, die Versorgung mit anderen Produkten in Deutschland, wie Bitumen. Seitens der Bundesregierung wird beschwichtigt und auf laufende Verhandlungen verwiesen, aber nie konkret geantwortet.

In der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie vom 30. November 2022 erklärte die Bundesregierung, dass eine Rechtsgrundlage in Deutschland zur Umsetzung eines Öl-Embargos für Pipeline-Öl noch nicht existiert. In diesem Zusammenhang stellen sich aus unserer Sicht ganz konkrete Haftungsfragen hinsichtlich der wirtschaftlichen Folgen eines Embargos.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung vor Umsetzung eines nationalen Öl-Embargos auf russisches Pipeline-Öl auf,
1. zu klären, auf welcher rechtlichen Grundlage das erfolgen soll;
  2. die Ergebnisse der Bewertung der Handlungsoptionen bei einer Unterbrechung russischer Öllieferungen durch die Prognos AG (vgl. Bundestagsdrucksache 20/4401, S. 2) offenzulegen;
  3. die Zusage einzuhalten, dass die ostdeutschen Raffinerien auf alternativen Transportwegen vollständig mit dem benötigten Öl versorgt werden, dass die ausreichende Versorgung Ost- und Mitteldeutschlands mit Treibstoff zu jedem Zeitpunkt gesichert ist und dass es eine Garantie für den Erhalt von Arbeitsplätzen und wirtschaftlicher Infrastruktur an den ostdeutschen Raffinerie-Standorten gibt;
  4. mit allen betroffenen Landesregierungen verlässlich zu klären und darzulegen, welche Raffinerien bei Engpässen mit welchen Kapazitäten die Versorgung übernehmen und wie der Transport in die betroffenen Regionen abgesichert ist;
  5. zeitnah zu klären und darzulegen, wie die Versorgung mit anderen Produkten, z. B. Bitumen, in Deutschland sichergestellt bleibt;
  6. zügig die mittlerweile über ein Dreivierteljahr laufenden Verhandlungen mit Polen über eine Versorgung der Raffinerie in Schwedt über den Hafen Danzig abzuschließen;
  7. eine Garantie für die Aufrechterhaltung der Fernwärmeversorgung der Stadt Schwedt unter Einbeziehung der kommunalen Gebietskörperschaften und des Katastrophenschutzes abzugeben;
  8. Arbeitsplatzgarantien für die Mitarbeiter der Raffinerie Schwedt finanziell im Haushalt abzusichern und durch Mitarbeiterbeteiligungen einer Abwanderung von Facharbeitern entgegenzuwirken. Die dazu notwendigen Mittel sind im Bundeshaushalt zu priorisieren;
  9. die Fertigstellung einer weiteren Pipeline zwischen Rostock und Schwedt im gleichen Genehmigungs- und Bautempo wie für die LNG-Infrastruktur vorzunehmen;
  10. darzulegen, in welcher Form und mit welcher Beteiligung des Bundes für von Arbeitsausfall betroffene Mitarbeiter die Aufstockung des Kurzarbeitergelds auf 100 % des Nettolohns für 2023 erreicht wird ([https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/XYZ/zukunftspaket-transformation-der-raffinerien-schwedt-und-leuna.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/XYZ/zukunftspaket-transformation-der-raffinerien-schwedt-und-leuna.pdf?__blob=publicationFile&v=4)).

Berlin, den 13. Dezember 2022

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**